

betreffend Prävention im Gesundheitswesen

Das Schweizer Gesundheitswesen ist zu teuer und trotzdem nicht effizienter als dasjenige von Ländern mit tieferen Kosten. Zu diesem Schluss kommt ein Bericht von OECD und WHO über das Schweizer Gesundheitswesen.

Laut dem Bericht gab die Schweiz im Jahr 2003 11,5% des Bruttoinlandproduktes für die Gesundheit aus, während der Durchschnitt aller OECD-Länder nur bei 8.8 Prozent liegt. Der negative Trend setzt sich in der Schweiz noch verstärkt fort, da unsere Ausgaben jährlich um 0.9 Prozent stärker ansteigen als anderswo. Trotz dieser höheren Kosten sei die Qualität der Leistungen nicht höher als in vergleichbaren Ländern. Kritisiert wurde u.a.:

Mangelnde Prävention

Die Schweiz setze nur 2,2 Prozent der Gesundheitsausgaben für die Vorsorge ein - im Gegensatz zu 2,7 Prozent der OECD-Länder. Insbesondere fehlten in der Schweiz die Mittel, um Probleme wie Tabak- und Alkoholmissbrauch, psychische Gesundheit oder Übergewicht wirksam anzugehen.

Mangelnde nationale Koordination

Als kostentreibend orten die Experten das kantonal organisierte Gesundheitswesen. Es verhindere eine nationale Politik und den Wettbewerb zwischen Krankenkassen, Dienstleistern und Medikamentenherstellern. Hinderlich seien auch die Unterschiede bei den kantonalen Subventionen.

Der Kanton Basel-Stadt leidet als Erbringer von Zentrumsleistungen besonders unter den steigenden Kosten im Gesundheitswesen. Die Bevölkerung bezahlt dies mit beständig ansteigenden Krankenkassenprämien.

Ich erlaube mir deshalb die folgenden Fragen zu stellen:

- Welche Schwerpunkte setzt der Kanton im Bereich der präventiven Massnahmen? Angesprochen sind im Bericht Massnahmen im Bereich Tabak und Alkohol.
- Ein zunehmendes Problem ist die Dickleibigkeit - gerade auch bei Kindern. Welche Massnahmen will der Kanton in dieser Hinsicht ergreifen in Bezug auf gesunde Ernährung und genügend Bewegung? Welche Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um Eltern in dieser Richtung zu unterstützen?
- Burn out scheint eine Art neuer Volkskrankheit zu werden und tritt in der Wirtschaft und auch besonders in helfenden Berufen wie im Gesundheits- und Schulwesen immer häufiger auf. Damit verbunden sind Fragen des Lebensstils, der Work-life-Balance und der psychischen Gesundheit. Längere Arbeitsausfälle sind sehr teuer. Welche Möglichkeiten der Prävention sieht der Regierungsrat in diesem Problembereich - in den staatlichen Betrieben und allenfalls in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft?
- Die Koordinierung der Gesundheitspolitik auf nationaler Ebene ist notwendig. Wie treibt der Regierungsrat dieses wichtige Anliegen voran?

Annemarie Pfeifer